

Es gilt das gesprochene Wort!

Verehrter Herr Bürgermeister,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

„Auch aus Steinen, die einem in den Weg gelegt werden, kann man Schönes bauen“ sagt der Dichterfürst Johann Wolfgang von Goethe. An Steinen auf unserem finanzpolitischen Weg mangelt es wahrlich nicht. Sie, Herr Bürgermeister, haben in Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts auf eine Reihe von Belastungsfaktoren wie Kreisumlage, Jugendamtsumlage, Kosten für die Unterbringung usw. hingewiesen und dass diese zusätzlichen Ausgaben zu stemmen sind unter den Bedingungen weg brechender Einnahmen als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Sinn der Konsolidierung

So erhebt sich die Frage, ob es denn dann überhaupt noch sinnvoll ist, einen zuvor schon sparsam gefahrenen Haushalt weiter einzuengen und Einsparungen zu generieren, die dann doch durch nicht beeinflussbare Mehrbelastungen konterkariert werden. Sind unter den beschriebenen Bedingungen nicht alle Konsolidierungsmaßnahmen vergeblich, so wie es mit dem Begriff der „Vergeblichkeitsfalle“ umschrieben wird?

Kann der von CDU und FDP eingebrachte und im HFA einstimmig verabschiedete Konsolidierungsbeschluss vom November des vergangenen Jahres, auf Sicht von 4 Jahren 2 Mio. Euro jährlich bei den kassenwirksamen Aufwendungen gegenüber den Planzahlen von 2009 einzusparen, die Finanzsituation in unserer Stadt überhaupt grundlegend verbessern? Sind die Zweifel nicht berechtigt, dass das ambitionierte Einsparziel wegen der äußeren Bedingungen überhaupt nicht den gewünschten Erfolg bringt?

Um es mit einer einfachen Weisheit aus dem Sport zu beantworten:

Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Wir kämpfen mit dem Konsolidierungsbeschluss für die Erhaltung der Selbstständigkeit und politischer Handlungsspielräume. Vor Ort weiß man besser als die kommunale Finanzaufsicht, was gut ist für unsere Stadt.

Die Vergeblichkeitsfalle ist ein gefährlicher Mythos, gegen den wir uns auflehnen müssen, wenn wir nicht im Schuldensumpf enden wollen. In vielen Städten, die sich schon seit einiger Zeit in der Haushaltssicherung befinden, kann man beobachten, welche negativen Auswirkungen auf Stadtbild und Infrastruktur ein solcher, von oben verordneter, radikaler Anpassungsprozess hat. Nein, nicht nur aus Gründen finanzpolitischer Solidität, sondern vor allen Dingen, um unsere schöne Stadt vor solchen unabsehbaren Beeinträchtigungen zu bewahren, halten wir den Weg der konsequenten Konsolidierung für alternativlos.

In einem Beitrag des Magazins „Change“ der Bertelsmann-Stiftung wird in der neuesten Ausgabe über die Stadt Langenfeld berichtet, die jetzt schuldenfrei ist. „Niemals mehr ausgeben, als man hat“ lautet die Überschrift des Artikels dort. Und im Untertitel heißt es: „Sparen und doch gezielt investieren, die Bürger einbeziehen, das Ehrenamt stärken – das ist das Rezept, das Langenfeld schuldenfrei machte.“ Obwohl in keiner Kommune die Situation genau so wie in einer anderen ist, orientieren wir uns in unserer politischen Arbeit an solchen Beispielen guter Kommunalpolitik um zu verhindern, dass wir in den Sog negativer Entwicklungen hoch verschuldeter Städte geraten.

Haushalt 2010 und Konsolidierungsziel

Mit dieser Grundeinstellung sind wir an die Analyse des Zahlenwerks für 2010 gegangen und haben dabei den schon erwähnten Konsolidierungsbeschluss als Beurteilungsmaßstab genommen.

Tatsächlich weisen die Planzahlen einen gegenüber 2009 um knapp 2 Mio. Euro höheren statt um 500.000 Euro niedrigeren kassenwirksamen Aufwand auf. Berücksichtigt man allerdings die von der Stadt nicht beeinflussbare Erhöhung der Transferzahlungen von knapp einer Millionen Euro und die durch das Konjunkturpaket II bedingten und vorfinanzierten Mehraufwendungen von über 1 Mio. Euro, so kann man zumindest einen Teil des anvisierten Einsparbetrages als umgesetzt ansehen. Dabei muss man besonders positiv hervorheben, dass die Ansätze im Personalbereich trotz eingepreister Lohnsteigerungen gesunken sind. Das noch fehlende Delta am Konsolidierungsziel wird durch den pauschalen Kürzungsbeschluss in Höhe von 3% der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und der sonstigen ordentlichen Aufwendungen in den Kostengruppen 13 und 16 abgedeckt. Innerhalb dieses enger gesetzten Finanzrahmens sind dennoch die Pflichtaufgaben und eine Vielzahl freiwilliger Leistungen zu bewältigen und auskömmlich finanziert. Auch für unerwarteten Aufwand, wie er sich jetzt beispielsweise durch den ungewöhnlich harten Winter einstellt, dürfte genügend Spielraum vorhanden sein. Dieses zeigt ein Vergleich der Planzahlen mit den Ist-Daten der Jahre 2008 und 2009. In beiden Jahren konnte die Verwaltung durch sparsame Haushaltsführung erheblich unter den Ansätzen bleiben. In den kommenden Jahren sind jeweils weitere 500.000 Euro jährlich einzusparen und es ist absehbar, dass es dann nicht mehr reichen wird, den Spielraum zwischen Plan und Ist zu verringern. Vielmehr werden dann auch strukturelle Veränderungen vonnöten sein.

Insgesamt können wir feststellen, dass der so korrigierte Haushalt das für 2010 veranschlagte Konsolidierungsziel erreicht hat.

Für das verbleibende Defizit muss die Ausgleichsrücklage herangezogen werden. Gerade im Hinblick auf deren Schrumpfen halten wir im Zusammenhang mit der Hallenbadproblematik eine Nachjustierung der Eröffnungsbilanz für dringend geboten.

Entwicklungsperspektiven des Haushalts

Der enge finanzielle Spielraum erlaubt aber auch in diesem Jahr die Weiterentwicklung der Stadt. Neben wichtigen Investitionen in Bildungseinrichtungen und Infrastruktur wird auch der Ausbau der U3-Betreuung mit Mitteln des Landes, der Träger und nicht zuletzt mit städtischen Finanzmitteln vorangetrieben. Dadurch werden sich die Rahmenbedingungen für Wirtschaften und Wohnen in Lüdinghausen verbessern.

Erfreulich ist aus unserer Sicht auch, dass in diesem Jahr die Hebesätze und damit die Steuerbelastung von Bürgern und Unternehmen in Lüdinghausen nicht erhöht werden. Das ist aufgrund der Finanzsituation der Stadt nicht selbstverständlich, Steuererhöhungen würden aber derzeit überhaupt nicht ins konjunkturelle Bild passen. Tatsächlich wurde die Einnahmeseite bereits durch die Einführung der Eigenkapitalverzinsung bei der Kalkulation der Abwassergebühren gestärkt. Im Laufe dieses Jahres muss auch endlich eine Lösung für die Anliegerbeteiligung nach dem

Kommunalabgabengesetz bei Erhaltung und Ausbau der Wirtschaftswege im Außenbereich gefunden werden.

Zukunftsprojekte

In diesem Jahr steigen die städtischen Schulden durch die Ausweisung der Verpflichtungen gegenüber der LBBW im Zusammenhang mit der Ausübung des Heimfallrechts für das Hallenbad auf mehr als das Doppelte. Obwohl die FDP seinerzeit gegen das Vertragskonstrukt Hallenbad gestimmt hat, nehmen wir die Verantwortung an, die sich aus der jetzigen Situation ergibt. Trotz eines großen Angebots an Hallenbädern in unseren Nachbargemeinden lässt sich das Schulschwimmen unter akzeptablen Bedingungen für die Schülerinnen und Schüler der Schulstadt Lüdinghausen nur durch ein Hallenbad in Lüdinghausen organisieren. Die jetzt anstehende Ausschreibung der Betriebsführung des Bades wird von der FDP mit getragen, sie muss im Ergebnis aber finanziell darstellbar sein. Nach unserer Einschätzung werden die laufenden Ausgaben deutlich höher als im gescheiterten Privatisierungsmodell sein. Die über die Pflichtaufgabe des Schul- und in Teilen auch des Vereinsschwimmens hinaus gehenden Kosten für die private Nutzung müssen aber im Wesentlichen durch Einnahmen gedeckt werden, wenn der Fixkostenblock schon durch städtische Zuschüsse abgedeckt ist. Nicht nur das Hallenbad, auch andere Projekte stehen in den kommenden Monaten auf dem Prüfstand der Finanzierbarkeit.

Dazu gehört der Bau einer Leistungssporthalle. Das Mehr an Investitionsaufwendungen gegenüber einer reinen Schulsportanlage lässt sich wahrscheinlich durch entsprechende Landeszuschüsse aufbringen. Wir müssen aber auch die Mehrkosten für die Unterhaltung im Blick behalten und innovative Lösungen entwickeln, die die angespannte Finanzlage der Stadt berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist die Absichtserklärung von Union Lüdinghausen, für wesentliche Teile des Unterhaltsmehraufwands ein zu stehen, außerordentlich hilfreich. Der Antrag auf Bestellung Lüdinghausens zu einer mittleren kreisangehörigen Stadt ermöglicht die Übernahme von Aufgaben wie Bauaufsicht und Jugendamt, die nach unserer Auffassung grundsätzlich ortsnahe erbracht werden sollten. Dabei ist zu untersuchen, welche Aufgaben von der Sache her und unter Berücksichtigung der finanziellen Belastungen besser einzeln oder im Verbund mit anderen Kommunen übernommen werden sollten.

Schließlich ist auch die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze emotionslos daraufhin zu prüfen, welche Chancen und Risiken der Stadt aus einem solchen Kraftakt erwachsen. Bei aller Skepsis gegenüber diesem Vorhaben warten wir für eine endgültige Entscheidung das teure Gutachten mit der Wirtschaftlichkeitsanalyse ab. Anders als beim Hallenbad müssen wir nach unserer Auffassung diese Entscheidung strikt an wirtschaftlichen Kriterien orientieren.

Die gerade aufgezeigten Entwicklungsfelder müssen in den nächsten Monaten ausgestaltet werden, sind naturgemäß aber noch gar nicht im Haushalt des Jahres 2010 abgebildet. Sie verdeutlichen, wie wichtig die konsequente Fortführung der Konsolidierung des Haushalts ist, um die Handlungsspielräume zu erhalten. Ich wünsche uns allen ein „glückliches Händchen“ bei der Entscheidungsfindung, damit es uns gelingt, mit den Steinen auf dem Weg etwas „Schönes zu bauen“.

Fazit

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren. Dieser Haushalt ist nicht die Lösung aller Probleme der Stadt Lüdinghausen, wie könnte er auch. Er ist aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Wir danken Ihnen Herr Borgmann und Herr Tuschmann und Ihrem Team in der Verwaltung für die aufwändige Arbeit bei der Haushaltsaufstellung, aber auch für die gute und konstruktive Zusammenarbeit in der Phase der politischen Haushaltsberatungen.

Wir wissen um die vielfältigen Probleme, mit denen Sie und die gesamte Verwaltung tagtäglich konfrontiert sind. Dass unsere Stadt im sozialen, wirtschaftlichen, administrativen und schulischen Bereich insgesamt so reibungslos und gut funktioniert, ist neben dem beruflichen und ehrenamtlichen Engagement so vieler Bürgerinnen und Bürger auch das Verdienst aller Mitarbeiter in der Verwaltung.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.